

# NEIN zur Juso-Initiative

## Um was es geht

Die Initiative «Für eine Zukunft» der Jungsozialisten fordert die Einführung einer Bundessteuer von 50% auf Erbschaften und Schenkungen, die einen Freibetrag von 50 Millionen Franken überschreiten. Die Initianten rechnen mit Einnahmen in Höhe von mehreren Milliarden Franken, die für den ökologischen Umbau der Wirtschaft verwendet werden sollen. Doch die Realität schaut anders aus.

## NEIN zu höheren Steuern für den Mittelstand

- ↪ Wenn die grössten Steuerzahler wegziehen, muss der Mittelstand die Rechnung dafür bezahlen.
- ↪ Pro Haushalt könnten dadurch **zusätzliche Kosten von 1'265 CHF pro Jahr** entstehen.
- ↪ Die Alternativen sind massive Sparprogramme beim Service Public.

Die Initiative zielt direkt auf besonders wohlhabende Personen ab, die zugleich die grössten Steuerzahler unseres Landes sind. Aktuell entrichten die reichsten 1% der Steuerzahler mehr als 40% der direkten Bundessteuern und fast 53% der Vermögenssteuern. Laut Bundesrat könnte der Wegzug eines Teils dieser Steuerzahlenden zu Steuerausfällen von bis zu **3,7 Milliarden CHF pro Jahr** führen.

Beispiele aus dem Ausland zeigen die Risiken einer solchen Politik. In Grossbritannien haben die jüngsten Steuerreformen eine starke Wirkung entfaltet: Schätzungen zufolge werden bis Ende 2025 16'500 Millionäre das Land verlassen<sup>1</sup>. Schätzungen zufolge könnten die jährlichen Steuerausfälle bis 2030 bis zu rund einer Milliarde Pfund betragen<sup>2</sup>.

## NEIN zum Zwangsverkauf von Familienunternehmen

- ↪ Der Wert vieler traditioneller Familienunternehmen liegt bei über 50 Millionen CHF.
- ↪ Ein grosser Teil dieses Werts ist in Gebäuden oder Maschinen gebunden.
- ↪ Um an Geld zu kommen, gibt es nur eine Lösung: **den Verkauf von Anteilen oder des gesamten Unternehmens.**

In vielen Fällen gehören die höchsten Vermögen Unternehmensinhabern. Die Jungsozialisten ignorieren dabei, dass dieser Wert hauptsächlich auf dem Unternehmen selbst basiert. Wenn ein Betrieb an die nächste Generation übertragen wird, erhalten die Erben in erster Linie Unternehmensanteile. Das geerbte Vermögen ist also grösstenteils im Betrieb investiert und steht den Erben nicht in barer Form zur Verfügung. Um die geforderte Steuer überhaupt begleichen zu können, wären die Erben gezwungen, Anteile des Unternehmens zu verkaufen.

Da es in der Schweiz nur wenige Investoren gibt, die in der Lage sind, Aktien solcher Unternehmen zu erwerben, würden viele Familienunternehmen in die Hände ausländischer Investoren gelangen. Diese sind oft kurzfristig orientiert und auf schnelle Gewinne ausgerichtet. Familienunternehmen hingegen stellen ihren Fortbestand und ihre Stabilität in den Vordergrund und handeln daher langfristiger. Durch die erzwungenen Verkäufe würden sie massiv unter Druck geraten. Sollten diese Verkäufe oder die Beschaffung ausreichender Finanzmittel scheitern, wäre eine teilweise oder sogar vollständige

<sup>1</sup> <https://www.henleyglobal.com/publications/henley-private-wealth-migration-report-2025/country-wealth-flows>

<sup>2</sup> <https://www.imidaily.com/wp-content/uploads/2025/01/FIFB-Oxford-Economics-report-1.pdf>

Liquidation dieser Unternehmen unvermeidlich. Das hätte erhebliche Arbeitsplatzverluste zur Folge. Die Initiative bedroht somit direkt das Fundament unserer Wirtschaft.

### **NEIN zur Gefährdung unseres Wohlstands**

- ↪ Die Initiative führt nicht nur zum Wegzug starker Steuerzahler, sie schadet dem gesamten Unternehmensstandort.
- ↪ Eine derart hohe Steuer bremst Investitionen und schwächt die Innovationskraft.
- ↪ Langfristig ist erfolgreiches Unternehmertum in der Schweiz massiv gefährdet.

Niemand würde akzeptieren, dass ein mit Leidenschaft und Engagement aufgebautes Unternehmen nach dem Tod des Eigentümers oder bei der Übergabe an die nächste Generation zerschlagen oder verkauft werden muss. Die Folgen wären mittel- bis langfristig katastrophal: Die Schweiz würde an Attraktivität gegenüber der ausländischen Konkurrenz verlieren, die Gründung neuer Unternehmen würde gehemmt und die Innovationsfähigkeit unseres Landes beeinträchtigt – und gerade diese ist entscheidend für einen verantwortungsvollen ökologischen Wandel.

Die Initiative würde nicht nur zu einem massiven Verlust an Steuersubstrat, sondern auch zum Abwandern von Talenten führen. Besonders gefährdet wäre die Start-up-Szene. Damit sendet die Initiative ein fatales Signal aus: **Unternehmertum wird bestraft statt gefördert.**

### **NEIN zu einer extremen und unnötigen Initiative**

- ↪ Dank des geltenden Steuersystems tragen die Wohlhabendsten bereits überproportional zur Finanzierung des Staates bei.
- ↪ Die Schweiz verfolgt bereits heute eine aktive und wirksame Klimapolitik.
- ↪ Die Initiative widerspricht dem Verursacherprinzip und wäre kontraproduktiv.

Die Initianten wollen erreichen, dass die Wohlhabenden die Kosten für die Bekämpfung der Klimakrise tragen. Doch die grössten Steuerzahler tragen bereits heute massgeblich zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei und unterstützen damit aktiv die Umsetzung der Klimapolitik des Bundes.

Der Staat und die Wirtschaft betreiben bereits eine aktive Klimapolitik, die Früchte trägt. So hat die Schweiz seit Beginn der 2000er Jahre ihre Umweltbelastung um mehr als ein Viertel reduziert. Um dies zu erreichen, wurden schrittweise verschiedene gesetzliche Bestimmungen, Instrumente und andere Massnahmen eingeführt, die den Grundsätzen der Umweltverantwortung Rechnung tragen und grösstenteils auf dem Verursacherprinzip beruhen.

Schliesslich wäre die Initiative kontraproduktiv. Die Steuer müsste ausnahmslos entrichtet werden und würde eine grobe Verallgemeinerung zwischen Vermögen und Umweltauswirkungen vornehmen – ohne klimafreundliches Verhalten zu fördern. Die von den Jungsozialisten vorgeschlagenen übermässig hohen Steuern würden KMU und Familienunternehmen die notwendigen Mittel für Investitionen in nachhaltige Lösungen entziehen.

### **Eine breite Allianz lehnt die Initiative ab**

- ↪ Bundesrat, Vertreter der Wirtschaft, Nationalrat und Ständerat lehnen die Initiative ab.
- ↪ Die Mitte, GLP, FDP und SVP stimmten geschlossen gegen die Vorlage.
- ↪ Auch innerhalb der SP und den Grünen gab es Ablehnungen.

Die Juso-Initiative wäre ein Verlustgeschäft für alle. Deshalb empfehlen Bundesrat, Parlament und die Konferenz der Kantonsregierungen, die Initiative abzulehnen. Eine breite Allianz aus SVP, FDP, Die Mitte, Grünliberalen, economiesuisse, Swissmem, Schweizerischer Gewerbeverband, Swiss Family Business und Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften engagiert sich ebenfalls gegen diese Initiative und ihre katastrophalen Folgen.